

DIE VERPASSTE CHANCE

Im Jahre 10 der Einheit
– Eine ostdeutsche Bestandsaufnahme –

Von Heiner Flassbeck

(erscheint in: Wirtschaft und Markt, Das ostdeutsche Wirtschaftsmagazin, 5/2000 als Beginn einer 6-teiligen Serie)

Nichts Neues vom Arbeitsmarkt. Die monatlichen Meldungen, die uns der gewöhnlich etwas verdrießlich dreinblickende Herr Jagoda aus Nürnberg zukommen läßt, beschreiben seit Monaten den gleichen Tatbestand: Die Quote im Westen nun deutlich unter zehn, im Osten schwankt sie wie ehemals um die 20 Prozent. Zugleich offene Stellen in den alten Bundesländern auf dem steigenden, in den neuen auf dem absteigenden Ast. Das Erschrecken der gesamtdeutschen Politik gerinnt zum Ritual – tiefes Bedauern am Tag der Meldung, dann kaum ein Wort mehr bis zum nächsten Monat.

Deutschland im Jahre zehn. Der Osten hat es nicht geschafft. Leider, aber so ist das nunmal in der globalisierten Marktwirtschaft: Der eine gewinnt, der andere verliert. Der eine macht das große Geld, der andere sammelt die Groschen. Im Westen zuckt man müde die Schultern: Warum sich über den Osten aufregen, wir haben genug für die da drüben getan? Im Osten sind sie zwar nicht gut auf Ausländer zu sprechen und machen bisweilen Jagd auf sie. Das ist uns aber nur peinlich, wenn wir Besucher aus dem Ausland empfangen, ansonsten verdrängen wir es. Im Osten wählen sie zwar immer noch PDS. Nur, was stört uns das, solange die Postsozialisten eine Ein-Prozent-Partei im Westen sind und bürgerliche Mehrheiten gesamtdeutsch nicht in Gefahr geraten? Die im Osten erhalten zwar viel zu viel von unserem Geld. Das muss man ihnen immer mal wieder sagen. Aber bloß nicht genau vorrechnen, wer den Osten eigentlich finanziert. Schließlich zahlen wir jetzt weniger Steuern als vor der Einheit.

Auch die ostdeutschen Ministerpräsidenten regen sich nicht mehr auf. Klar doch, mindestens 300 Milliarden Mark bräuchten ihre Länder in den nächsten Jahren zusätzlich, um wenigstens die Infrastrukturdefizite gegenüber dem Westen auszugleichen. Doch man möchte nicht undankbar sein, angesichts der Milliardentransfers in den letzten Jahren. Die Hessen, Bayern und Baden-Württemberger stöhnen schon laut genug. Wer nach zehn Jahren Stütze noch nicht aus eigener Kraft gehen gelernt hat, sollte nicht denen, die ihn stützen, den Vorwurf machen, sondern sich an die eigene Nase fassen. Dann lieber Sparen, weil das in den Zeiten der Globalisierung sowieso angesagt ist und den Staat am meisten voranbringt. Und wenn auch das nichts hilft, dann bleiben immer noch die drei blühenden Beete vor dem Haus und der Trost, dass die übrige Ödnis zumindest ökologisch besonders wertvoll ist.

Deutschland im Jahre zehn. Der Skandal einer wirtschaftlich und politisch unvollendeten Vereinigung hat viele Gründe, doch wir nennen sie nicht mehr. Wer in der Anfangseuphorie das Wort vom deutschen Mezzogiorno in den Mund nahm, wurde von Kohls Kumpanen wenigstens als Vaterlandsverräter und Miesmacher abgewatscht. Wer heute davon spricht, wird nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen.

Mehltau liegt über den deutsch-deutschen Geschehnissen. Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. So trennt die gesamtdeutsche Statistik immer weniger Ost und West. Das ostdeutsche Wachstum wird nicht mehr gesondert erfasst, sondern nur noch im Rahmen von »Länder-

rechnungen«, also genauso wie das von Bayern oder Bremen. Eine zu Beginn der Einheit großangelegte wirtschaftswissenschaftliche Analyse der Institute aus Halle, Kiel und Berlin, die zehn Jahre lang in 19 Berichten über die »gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland« informierte, wurde im vergangenen Jahr klammheimlich von der Bundesregierung abgeschafft. Das macht Sinn, weil es solche Fortschritte ohnehin nicht mehr gibt.

In ihrem letzten Bericht stellten die Institute fest, dass die Kapitalausstattung eines Arbeitsplatzes in den neuen Ländern durchschnittlich gesehen noch mindestens um ein Viertel unter Westniveau liegt. Die Schlussfolgerung der Institute war einleuchtend: »Es bedarf also weiterhin hoher Investitionen, um die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze auf ein angemessenes Niveau zu bringen.« Das ist allemal richtig, aber längst nicht ausreichend. Denn eine wichtige Frage wurde gar nicht erst gestellt, geschweige denn beantwortet: Was ist ein angemessenes Niveau? Für den, der die Angleichung der Lebensverhältnisse weiterhin will, kann das nur ein Niveau sein, das dem Westen entspricht. Dann aber reichen »hohe Investitionen« bei weitem nicht aus. Nötig sind Pro-Kopf-Investitionen, die über dem Wert in den alten Bundesländern liegen, ansonsten gibt es kein Aufholen. Aufholen aber ist für eine Region, die durch vierzig Jahre real existierenden Staatssozialismus hoffnungslos zurückgefallen ist, das Einzige, was ihr und den Menschen, die dort leben, eine Zukunftsperspektive in der Marktwirtschaft eröffnet.

Zukunft aber fällt bis auf weiteres aus für den Osten. Wie die Institute selbst ausweisen, sind pro Kopf gerechnet nur in drei von zehn Jahren, von 1994 bis 1996, die Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen in den neuen Ländern etwas höher als in den alten gewesen. Schon 1997 waren sie nur noch genauso hoch, seitdem fallen sie wieder hinter den Westen zurück und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Absolut gerechnet waren die neuen Ausrüstungsinvestitionen, also das, was für den Aufbau des Kapitalstocks wirklich zählt, nach Berechnungen des ifo-Instituts schon 1996 mit knapp 55 Mrd. DM auf dem höchsten Stand und fallen danach bis heute. Im Westen dagegen war der Tiefpunkt nach dem Vereinigungsboom im Jahre 1994 mit 200 Mrd. DM erreicht und seitdem ist ein kräftiger Aufschwung in Gang gekommen.

So wird die Industrie, die als Kernstück der Wirtschaft das Hauptopfer von Währungsumstellung und schneller Lohnentwicklung nach der Wende gewesen ist, noch lange ein Schattendasein führen. Nur wird auch darüber nicht offen geredet. Im Gegenteil, angesichts der noch größeren Misere am Bau gilt die Industrie nun mit ausgewiesenen Wachstumsraten der Produktion um die sechs Prozent in den letzten Jahren als »Hoffnungsträger« für den Osten. Dass man das angesichts der eklatanten Investitionsschwäche kaum für bare Münze nehmen kann, sondern eher mit Unvollkommenheiten der Statistik erklären muß, irritiert aber niemanden mehr.

Trotz immer noch höherer Pro-Kopf-Investitionen am Bau (im Vergleich zum Westen), hat die ostdeutsche Bauwirtschaft ihre Zukunft längst hinter sich. Sie ist heute das schwächste Kettenglied im volkswirtschaftlichen Netzwerk Ost. Rasant und völlig ungebremst vollzieht sich seit 1996 ihr Abstieg vom Gipfelpunkt der Produktion. Nach über 60 Mrd. DM Investitionssumme zu Mitte der 90er Jahre, so wiederum das ifo-Institut, ist die ostdeutsche Wirtschaft mittlerweile bei 45 Mrd. DM angekommen. Hier hat der Westen zwar auch seinen Einbruch hinter sich, anders als in den neuen Bundesländern gibt es jedoch immerhin eine Trendwende seit 1997.

Für den ostdeutschen Wohnungsbau kam die Rezession nicht unerwartet. Durch großzügigste Abschreibungsregelungen angeheizt, avancierte der Wohnungsbau schnell zum Gipfelstürmer, weil der westdeutsche Steuerzahler, Vermögen vorausgesetzt, auf diese Weise sein Vereinigungsscherflein zurückzuerobern versuchte. Die Abschreibungsmöglichkeiten sind nicht mehr da, dafür jetzt jede Menge leerstehende Wohnungen. Auf Sand wurde nicht nur in Brandenburg gebaut, weil viel zu viele und zu teure Wohnungen produziert wurden, die bei hoher Arbeitslosigkeit und stagnierenden Ost-Löhnen keiner mieten kann. Doch der eigentliche Skandal in der Bauwirtschaft Ost hat andere Namen.

Einer heißt in der Reststatistik, die noch zwischen Ost und West trennt, »Nichtwohngebäude nichtöffentlicher Bauherren«. Dahinter verbirgt sich ganz einfach der Wirtschaftsbaubereich und bei dem haben sich die in den Baugenehmigungen erfassten Gesamtaufwendungen seit 1996 glatt halbiert, ohne dass ein Ende der Talfahrt absehbar ist. Schöne und sogar günstige Industriegebiete gibt es genug. Doch dort stehen vorwiegend Lagerhallen, die wenig gekostet haben und in denen kein Mensch arbeitet. Wo sind die zahllosen Neugründungen im Mittelstand, die die Politik vollmundig nach der Wende versprochen hatte, wo sind die vielen aufstrebenden High-Tech-Firmen, die händeringend Arbeitskräfte im In- und Ausland suchen?

Auch Büros stehen im ganzen Land in Mengen leer. Nur, warum stehen sie leer? Weil es von Anfang an offenbar nicht gelungen ist, Hauptquartiere von Banken, Versicherungen und anderen Großunternehmen in ostdeutsche Großstädte zu holen. Und warum ist das nicht gelungen? Weil es im Westen niemals den politischen Willen gab, Druck auf die westlichen Firmen zu machen, auch einmal zugunsten des Ostens zu verzichten. Die Märkte in Ostdeutschland haben die westdeutschen Unternehmen gern genommen und ihre Kapazitäten, sofern nötig, dafür aufgestockt. Eine wirkliche Standort-Verlagerung von Produktion hat es dagegen bis heute nur in wenigen Fällen und dann nur mit hörbarem Zähneknirschen gegeben. Es geht halt nicht an, dass der, der für den Osten zahlt, am Ende auch noch den »Schaden« hat.

Doch Wirtschaft kann auf Dauer keine Einbahnstraße sein. Wenn die Region Ost von »westdeutschem Geld« unabhängig werden soll, muss der Westen etwas anderes abgeben, Marktanteile nämlich zugunsten von Produktion aus ostdeutschen Ländern. Das ist eine Lektion, die wir in Deutschland im Allgemeinen und in Westdeutschland im Besonderen noch werden lernen müssen.

Der größte Skandal am Bau aber findet nicht in der Wirtschaft statt. Der größte Skandal ist der öffentliche Bau. Bis Mitte 1998 noch Gegenpol zum unaufhaltsamen Abstieg von privatem Wohnungs- und Wirtschaftsbaubereich, ist er nun selbst Opfer der allgemeinen Sparwut geworden und hat den Abbruch am Bau weiter forciert. Das ist zwar durch nichts gerechtfertigt, aber auch darüber regt sich keiner mehr auf. Im Gegenteil, neue Autobahnen, ein paar gute Straßen und renovierte Innenstädte, die moderne Infrastruktur für Telekommunikation und wenige neue Industriegebiete haben im Westen das Vorurteil genährt, dass die da im Osten ja schon alles haben.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Mindestens 300 Milliarden Mark, so die fünf Institute, die im Auftrag der ostdeutschen Regierungschefs eine Studie zur Infrastruktur Ost erarbeitet haben, werden noch gebraucht, ehe das Drittel Rückstand aufgeholt sein wird, das der Osten hinsichtlich Infrastruktur gegenüber dem Westen noch hat. Noch immer hat kaum eine Landgemeinde eine

Umgehungs- oder Entlastungsstraße, wie sie im Westen fast selbstverständlich ist. Kaum eine Kommune verfügt über ein modernes Schulungszentrum für junge Leute, kaum eine Stadt ist so durchrenoviert, dass sie sich mit vergleichbaren westdeutschen Städten messen könnte. Dies alles herzurichten braucht Zeit, wird man im Westen sagen, auch bei uns war nicht vom ersten Tag an alles in bester Ordnung. Das ist richtig. Aber genauso richtig ist es, keine Zeit zu verlieren, weil Ostdeutschland aufgrund seiner besonderen Situation viel weniger Zeit hat als der Westen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Doch müssen es immer Bau und Industrie sein, die die Zukunft in Ostdeutschland sichern? Warum kann der Osten nicht modernes Dienstleistungszentrum oder gar ein Zentrum der neuen »Wissengesellschaft« werden? Davon haben anfangs viele geträumt, nur ist auch das ein Traum geblieben. Rückstände hinsichtlich Dienstleistungen wurden im Osten aufgeholt, kein Frage. Eine eigenständige Dynamik aber ging von den Dienstleistungen bis heute nicht aus. Auch das ist kein Wunder. Nachfrage nach mehr Dienstleistungen wird nur im Gefolge einer kräftig expandierenden Wirtschaft erzeugt. Erst wenn die Einkommen in einer Region schneller steigen als der Bedarf an Gütern, die Industrie und Landwirtschaft produzieren, entsteht wachsender Bedarf an Dienstleistungen.

Eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit, die in Ostdeutschland nicht zum Tragen kommt. Industrielle Schwäche, geringe Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit – der Dienstleistungssektor kann sich von der ostdeutschen Misere nicht abkoppeln. Nur dort, wo es »Rohstoffe« für Dienstleistungen gibt, wie etwa im Tourismus, kann man unabhängig vom Einkommen der eigenen Bevölkerung hohe Wertschöpfung in diesem Wirtschaftssektor erwarten. Dann nämlich lassen sich auch Dienstleistungen »exportieren«. Auf Rügen geht das, in ganz Ostdeutschland nicht, selbst wenn man weite Teile des Ostens per order de mufti zu »blühenden Landschaften« erklärt.

Wenn Ostdeutschland nicht sehr schnell Anschluss im gesamten Spektrum der Volkswirtschaft gewinnt, dann wird es das wichtigste verlieren, was es für das Aufholen braucht, nämlich seine qualifizierten Arbeitskräfte. Hatten wir nicht von Anfang an darauf gesetzt, daß die tüchtigen und vom Sozialismus nur wenig verbogenen Qualifikationen die Investoren in Scharen anlocken? Gab es nicht ebensogute Maschinenbauer in Thüringen und Sachsen wie in Baden–Württemberg? Sind die Arbeiter auf den Werften in Rostock und Stralsund nicht mindestens so gut wie die in Kiel und Bremerhafen? Sind nicht große Teile der Regionen, die wir heute Ostdeutschland nennen, die alten traditionellen industriellen Kernregionen Mitteldeutschlands gewesen? War das alles falsch?

Zurückbleibende Löhne, fehlende Infrastruktur, geringere Lebensqualität, zurückgefahrenere Investitionen und das mittlerweile offenkundige Wegbleiben von Investoren schaffen ein Dilemma am Arbeitsmarkt Ost, das gewaltigen politischen Sprengstoff birgt. Was heute noch kaum gesehen wird: Der "brain drain" nach der Wende hielt sich in Grenzen, weil auch im Westen die wirtschaftliche Lage schon bald mies war und bei der Arbeitslosigkeit neue Rekorde aufgestellt wurden. Sinkt die Arbeitslosigkeit aber Monat für Monat im Westen, werden bald nicht nur Computerexperten (aus Indien!) gefragt sein, sondern fast jede Art von Qualifikation wird knapp. Bleibt die Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands dann hoch und holen die neuen Länder beim Realeinkommen zudem nicht weiter auf, werden junge, hochqualifizierte Leute in wachsender Zahl nach Westdeutschland oder ins westliche Ausland abwandern.

Noch hat der Staat die Instrumente in der Hand, diesen Abfluss von »human capital« zu verhindern. Er muss ein klares Signal geben, dass er auf Aufholen des Ostens setzt und mit Investitionen dafür die Voraussetzungen schafft. Tut er das nicht, kann er auch von der privaten Wirtschaft nichts weiter für den Osten fordern. Sparen in Ostdeutschland ist eine Bankrotterklärung. Eine reiche Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, in einer einmaligen historischen Situation so viel zu investieren, daß keine dauerhaften Schäden bleiben, wirtschaftet weder nachhaltig noch effizient. Das Fenster der deutschen Einheit ist nur einmal offen. Die Möglichkeit, im Osten zu überschaubaren Kosten 50 Jahre Sozialismus vergessen zu machen, gibt es nur ein einziges Mal. Wer jetzt Ausgaben kürzt, entlastet zukünftige Generationen nicht. Das Gegenteil ist richtig: Wer heute beim Aufbau Ost spart, belastet die zukünftigen Generationen in einer unerhörten Weise, weil er Region und Menschen für alle Zeiten die Chance verbaut, auf eigenen Füßen zu stehen.

Lesen Sie im nächsten Heft: Warum der Osten noch für lange Zeit mehr statt weniger Transferleistungen braucht und der Westen in jedem Fall verzichten muß.